

Neuere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung

Von S. A. KAEHLER

(Schluß)

III

Die Widerlegung der Legende vom „aufgezwungenen Krieg“ wird weniger Mühe und Zeit beanspruchen, als die Widerlegung der Dolchstoßlegende, obwohl diese Legende von Millionen guter und tapferer Deutscher gutgläubig aufgenommen worden ist, und obwohl der *Hillerkrieg* darum vielen als ein *justum bellum*, als ein gerechter Krieg gegolten hat. Deshalb hat diese Propagandalegende eine besonders verhängnisvolle Bedeutung für die geistige Kriegsbereitschaft wenigstens der zu eigenem Urteil unfähigen breiten Masse wie der staatlich organisierten Jugendjahrgänge gewonnen. Allerdings war sie in ihrer dreifachen Lüge: von der erneuten Einkreisung, von dem in Warschau abgelehnten deutschen Ultimatum und von dem durch beides uns „aufgezwungenen Krieg“ nur für den innerpolitischen Gebrauch verwendbar. Außerhalb der deutschen Grenzen wußte jeder Zeitungsleser und jeder Rundfunkhörer, daß die deutschen Bedingungen vor dem Abbruch der normalen Beziehungen, d. h. vor dem Spätnachmittag des 31. 8. 1939 der polnischen Regierung im amtlichen Wortlaut nicht bekannt geworden waren und daher auch nicht hatten abgelehnt werden können. Wie dicht die Abschließung auch der zum eigenen Urteil und Nachdenken befähigten Kreise unseres Volkes durch die *Goebbelspropaganda* gewesen ist, ergibt sich aus dem — des Beispiels halber angeführten — Umstand, daß die Darlegung dieses Sachverhalts auf Grund der diplomatischen Dokumente der nach Kriegsausbruch veröffentlichten Farbbücher bei einer nach mehreren Hunderten zählenden Hörerschaft aus dem Lehrerstand eine bestürzte Überraschung hervorrief — noch im Oktober 1945. Durch den Nürnberger Prozeß ist trotz der unzureichenden Berichterstattung der deutschen Zeitungen soviel Licht über die Vorgeschichte des Kriegsausbruches gewonnen, daß deren Grundzüge als allgemein bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Für die geschichtliche Forschung wie für das geschichtliche Urteil liegt die Bedeutung des Prozesses weniger in seinem juristischen Ergebnis, als in der Unsumme von Belegen und Aufklärungen aller Art, welche in seinem Verlauf bekanntgeworden sind. Zu den erheblichen Beweisstücken gehört eine Tagebuchaufzeichnung des italienischen Außenministers Graf *Ciano* über eine Unterredung mit *Ribbentrop* vom 11. 8. 39, in deren Verlauf auf die Frage seines Besuchers: „Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie Danzig und den Korridor?“ *Ribbentrop* die Antwort gab: „Jetzt nicht mehr, jetzt wollen wir den Krieg.“ Es gibt keine schlagendere Bekundung des jede Vermittlung entschlossen abwehrenden Kriegswillens der deutschen Machthaber als dieses frivole Bekenntnis; es macht alle weiteren, Erörterungen und Überlegungen überflüssig.

Wenn die Bekanntgabe der im Prozeß erfolgten Enthüllungen der deutschen Kriegspolitik bisher nur bruchstückweise erfolgt ist, so steht

doch, wie es heißt, die Veröffentlichung der wichtigsten Aktenbestände in Aussicht; dann wird ein nach seinem Wert unschätzbares Material der geschichtlichen Forschung zur kritischen Sichtung verfügbar werden. Denn die Geschichtsforschung wie die Geschichtschreibung haben eine andere Aufgabe, als sie dem Nürnberger Gericht gestellt war. Die Aufgabe des Historikers bleibt die möglichst genaue Schilderung der Ereignisse, wie sie aus den damaligen Voraussetzungen sich entwickelt haben und von den Zeitgenossen erlebt worden sind, — seine Sache ist nicht eine juristische Beurteilung vom Standpunkt der Gegenwart aus. Die verheißene Veröffentlichung mag manche interessante Einzelheiten ans Licht bringen; es mag das Urteil über die beteiligten Männer noch manche Klärung erfahren — im positiven oder im negativen Sinn —, an der Grundtatsache wird und kann sich nichts ändern: das ist der entschlossene Kriegswille *Hitlers* und seiner Umgebung; und darum kann und wird sich also auch nichts ändern an der Tatsache der eindeutigen Kriegsschuld der deutschen Reichsregierung von 1939.

Unter den in Nürnberg zu Tage getretenen Dokumenten besitzt für die Verursachung des Krieges besonders geschichtliche Beweiskraft das sogenannte *Hofsbach*-Protokoll. Es handelt sich dabei um die Niederschrift des Inhalts einer Besprechung, zu welcher *Hitler* am 5. 11. 37 außer dem Reichskriegsminister *v. Blomberg* die Befehlshaber der drei Wehrmachtsteile — *v. Fritsch*, *Raeder* und *Goering* —, ferner den damals noch als Außenminister fungierenden *Freiherrn v. Neurath* hinzugezogen hatte. Die Niederschrift ist gefertigt von dem militärischen Adjutanten *Hitlers*, dem damaligen Oberst und später an der Ostfront sehr bekannt gewordenen General *Hofsbach*. Um ein Protokoll im streng juristischen Sinne handelt es sich bei dieser Niederschrift nicht. Trotzdem bleibt ihr geschichtlicher Wahrheitsgehalt unbestritten. Die Zielsetzung und Voraussagen *Hitlers*, die hier in vielleicht nicht immer wortgetreuer, zweifellos aber sinngemäßer Wiedergabe festgehalten sind, passen zur diplomatischen Methode der Jahre 1938 und 1939 wie die beiden Hälften einer zerbrochenen Münze. In der Sudetenlandkrise vom Herbst 1938 wie in der Tschechenkrise des März 1939 ist das außenpolitische Programm vom 5. 11. 37 Zug um Zug wiederzuerkennen. Bemerkenswert bleibt dabei, daß für das Hauptziel, „die Gewinnung eines größeren... landwirtschaftlich nutzbaren Lebensraumes... ohne Gewinnung von Menschen“, nur Österreich und die Tschechoslowakei ins Auge gefaßt sind. Es wird mit einer Zwangsemigration von rund 3 Millionen Menschen gerechnet, um des erweiterten Nahrungsspielraumes für 5—6 Millionen Menschen willen, deren Einwanderung in diese beiden Länder vorauszusetzen sein dürfte. Wobei die Frage offen bleibt, wohin die Zwangsemigration sich hätte richten können. Es mag von allgemeinem Interesse sein, daß diese auf den böhmisch-mährischen Raum gerichteten Absichten kein Geheimnis der höchsten Führungsstellen geblieben, sondern sehr bald durch die Propagandakanäle in die unteren Parteiregionen gelangt waren. Im Frühjahr 1938, also kaum ein halbes Jahr nach der Programmverkündung *Hitlers*, sind Fragen dieser Art, einschließlich der Zwangs-

emigration aller Tschechen, auf einer Tagung von Wirtschaftswissenschaftlern, die der Partei angehörten, erörtert worden. Daß solche Erörterungen im Kreise der Wirtschaftswissenschaft gepflogen wurden, dürfte kein Zufall gewesen sein. Denn schwere Wirtschaftssorgen, das unlösbare Problem der deutschen Wirtschaftsautarkie bilden den Ausgangspunkt der als eine Art von politischem Testament gedachten Darlegungen *Hitlers*. Über die Unmöglichkeit, dieses phantastische Autarkieprogramm ohne kriegerische Eroberung benachbarter Gebiete zu lösen, scheint *Hitler* sich klargewesen zu sein. Nachdem bis zum Jahre 1937 die völkerrechtlichen Diskriminierungen, die der Versailler Vertrag für Deutschland gebracht hatte, beseitigt waren, stand die nationalsozialistische Politik vor einem Wendepunkt. Entweder mußte sie die utopischen außenpolitischen Ziele ihres Parteiprogramms in die Wirklichkeit überführen oder auf die bisherige Methode der außenpolitischen Überraschungen und der einseitigen Lösung kontinentaler Probleme verzichten. Dann hätte man den bescheideneren, aber sichereren Weg der diplomatischen Verhandlungen über die Beteiligung Deutschlands am Weltmarkt wählen müssen — in Erkenntnis und in Anerkenntnis der unabänderlichen Mittellage unseres Volkes. Stattdessen entschied *Hitler* sich aus seiner Natur wie aus der Wirklichkeitsferne seines scheinbar realistischen Denkens heraus für „die Anwendung von Gewalt unter Risiko“, d. h. für den Versuch, die Raumfrage durch einen gegen Prag und Wien geführten Angriffskrieg zu lösen. Dabei bleibt zu bemerken, daß in diesen Ausführungen die Tschechoslowakei eine größere Rolle spielt als der Anschluß; und ferner, daß weder Polen noch die Ukraine erwähnt werden, obwohl schon 1936 in englischen Clubs von der Ukraine als *Hitlers* eigentlichem Ziel gesprochen wurde. Die Zielsetzung scheint also auf den Raum des früheren Grundstocks des Habsburgerreiches begrenzt zu bleiben. Für die Erreichung dieses Zieles gibt es nach *Hitlers* Meinung nur den Weg „des blitzartigen Überfalls auf die Tschechei“, bei beschränktem zeitlichen Spielraum; länger als bis 1943/45 könne die deutsche Politik nicht warten. „Denn für die jetzt moderne Aufrüstung des Heeres bestände bei längerem Zuwarten die Gefahr der Veraltung; die Geheimhaltung der Sonderwaffen ließe sich nicht durchführen“; zudem „erwarte die Welt unseren Schlag und treffe von Jahr zu Jahr mehr ihre Gegenmaßnahmen. Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihres Unterhaltes, des Älterwerdens der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandards und auf Geburteneinschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln.“ Mit diesen voraussehenden Worten wird der Entschluß auf „Gewaltanwendung unter Risiko“ zusammenfassend begründet; seine militärischen Zuhörer haben ihre Bedenken und Sorgen ihm nicht verhehlt.

Die Hoffnungen des Novemberprotokolls sind während der nächsten beiden Jahre in überraschende Erfüllung gegangen — ohne die Nötigung zur „Gewaltanwendung unter Risiko“. Aus der diplomatischen Vorgeschichte des Kriegsausbruchs braucht hier nur der Hinweis Platz zu

finden auf das erstaunliche Gewährenlassen der Westmächte gegenüber dem gewaltsamen Vorgehen *Hitlers* gegen Österreich und gegenüber seiner Gewaltandrohung in der Sudetenlandkrise im Sommer und Herbst 38. Welche nicht vorherzusehende Stellung hatte *Hitler* im Herbst 38 über die Stationen der Besprechungen mit *Chamberlain* in Berchtesgaden und Godesberg, mit *Mussolini*, *Chamberlain* und *Daladier* in München errungen, bis sein Ausbruch in der Saarbrückener Rede vom 9. 10. bewies, daß alle diese Erfolge seinem Machthunger nicht genügten. Weiterhin ist zu verweisen auf das unablässige Bemühen der englischen Politik, dem Ausbruch einer Kriegskatastrophe mit allen diplomatischen Mitteln vorzubeugen, aus englischem Interesse wie aus europäischer Verantwortlichkeit heraus, von welcher weder im Novemberprotokoll noch in den zahlreichen anderen Dokumenten der deutschen Außenpolitik eine Spur sich findet. Wenn die englische Regierung begreiflicher Weise seit Jahresbeginn 39 ihre Vorkehrungen für den kaum noch zu vermeidenden Angriffskrieg *Hitlers* mit steigendem Nachdruck getroffen hat, so beweist ein oft übersehener Tatbestand ihre weitgehende Bereitwilligkeit, eine friedliche Lösung der brennenden Probleme herbeizuführen. Es handelt sich dabei um die Verhandlungen des deutschen Wirtschaftsbeauftragten *Wohltat* mit dem englischen Handelsminister *Hudson*; sie sollten die Bedingungen der englischen Hilfe bei der Umstellung der deutschen Industrie vom Rüstungsboom auf eine normale Friedenswirtschaft zu klären suchen. Sie sind ergebnislos kurz vor dem Kriegsausbruch zu Ende gegangen. Auch ihr günstiger Verlauf hätte an dem Kriegsende *Hitlers* nichts mehr ändern können. Dieser Entschluß beruhte auf der irrigen Annahme, daß England und Frankreich einem Angriff auf Polen ebenso teilnahmslos zusehen würden, wie es bei der Verkündung des Protektorates über Böhmen und Mähren der Fall gewesen war. Aus dem Novemberprotokoll ergibt sich, daß *Hitler* mit einigem Recht annahm, in Paris und London habe man die tschechoslowakische Republik bereits abgeschrieben. Diese Bestätigung seiner Voraussage hat ihn offenbar blind gemacht gegen alle Warnungen, die aus London und Paris bis in die letzten Krisentage hinein und in den dringlichsten Formen ihm zugegangen sind. Er und *Ribbentrop* mußten wissen, daß der Angriff auf Polen den Krieg mit den Westmächten nach sich ziehen würde. Und trotz der Sicherheit, welche sie mit dem Russenpakt vom 23. August gewonnen zu haben glaubten, sind beide, *Hitler* wie *Ribbentrop*, nach dem Augenzeugenbericht des Gesandten Dr. *Schmidt*, von der Kriegserklärung Englands am 3. September bis zur Sprachlosigkeit überrascht gewesen. Die russische Trumpfkarte hatte nicht den erwarteten Überraschungserfolg gebracht.

IV

Die neueste Geschichtslegende ist von anderer Art und Herkunft. Fast könnte man meinen, sie wollte sich berufen auf die nazistische Lüge von der Weiterführung der friderizianischen Tradition und der außenpolitischen Überlieferung *Bismarcks* in der Katastrophenpolitik *Hitlers* und *Ribbentrops*. Aber sie kommt aus einem ganz anderen Lager. Diese neue Legende

konstruiert eine moralische Stufenleiter im genau umgekehrten Sinn, wie die Parteilgende ihn gemeint hat, und sie erhebt ebenso und mit gleich geringem Recht den Anspruch darauf, die wahrheitsgemäße Deutung der letzten 200 Jahre preußischer und deutscher Geschichte zu geben. Diese Stufenleiter führt, in genauem Widerspiel zur nazistischen Legende, von der preußischen Verkehrtheit unter und seit *Friedrich dem Großen* über die deutsche Verderbtheit unter und seit *Bismarck* hinab in den Abgrund gesamtdeutscher Verworfenheit unter *Hitlers* Gewaltherrschaft. Was ist zu dieser neuen Legende zu sagen vom Standpunkt einer um objektive Erkenntnis bemühten Geschichtswissenschaft?

Die Versailler Anklage war eine Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit; daher war sie mit dem Aufwand wissenschaftlicher Mühe zu widerlegen, wie es geschehen ist. Die Rede des amerikanischen Anklagevertreters in Nürnberg, *Robert H. Jackson*, ist dagegen in ihrem Tatsachengehalt unwiderleglich; die Tatsachen reden ihre nicht überhörbare, unwiderlegliche Sprache, — ganz unabhängig von ihrer prozeßualen Verwendung. In den Anklagereden und in dem Urteil von Nürnberg wie in der Versailler Geschichtsdeutung tut sich ein historisches Massengrab auf, in welchem nicht nur unsere Generation verschwinden muß, sondern die deutsche Geschichte der letzten 200 Jahre versinken sollte, die Geschichte des arbeitsamen und begabten, anständigen und tapferen Volkes, welches die Deutschen in ihrer Mehrheit gewesen sind, — bis zu der Charakterprobe zweier Weltkriege, einer Erprobung, welcher kein anderes Volk der neueren Geschichte in diesem Maße ausgesetzt wurde. Aber dazu sind wir doch noch imstande, zu verhindern, daß die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts in diesem Abgrund verschwindet. Zu diesem Zweck müssen die Vorwürfe, die man gegen uns erhebt, ernstlich und gewissenhaft geprüft werden mit den Mitteln und Verfahrensweisen, welche wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung stellt. Den Vorsatz fassen, heißt noch nicht, des Gelingens sicher sein, und nicht mit einem Schlage ist die Aufgabe zu bewältigen. Es bleibt ein langwieriges Bemühen, wenn der Weg des deutschen Volkes in seinen einzelnen Abschnitten verfolgt werden muß und verstanden sein will.

Bei dieser Aufgabe müssen wir auf eine wertvolle Hilfe verzichten, die im Kampf um die Versailler Schuldfrage von neutraler Seite geleistet wurde; sie kam aus der Schweiz, aus Holland, aus Norwegen, ja sogar in besonders wirkungsvoller Weise aus den Vereinigten Staaten. „Der totale Krieg“, der das eigentliche Lebensziel *Hitlers* und seiner Geistesverwandten gewesen zu sein scheint, hat auch die Neutralität verschlungen, die Neutralität des Geistes noch mehr als die außenpolitische. Die beiden letzten Neutralen in Europa, die Schweiz und Schweden, standen in geistiger Abwehr gegen das Deutschland des zweiten Weltkriegs, — wie hätte es anders sein können? Denn im Ausland wußte man früher und besser Bescheid um unsere Kriegführung, als wir hinter der Isolierschicht der *Goebbels*propaganda es konnten. Gerade in der Schweiz scheint die neuentdeckte Ahnenreihe von *Friedrich* über *Bismarck* zu *Hitler* solchen Anklang zu finden, daß ein Theologe von der Bedeutung eines *Karl Barth* sie

sich in einer Weise zu eigen gemacht hat, welche zur Auseinandersetzung zwingt. In einem der gutgemeinten Zusprüche, die er während des letzten Jahres an das deutsche Volk richtete, in seiner Stuttgarter Rede vom 2. November 1945, hat *Karl Barth* eine deutliche Parallele gezogen zwischen dem *Hillertum* und der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands. Es darf nun nicht vergessen werden, daß *Barth* als Freund Deutschlands optima fide sich an uns wendet. Er fühlt sich besonders dazu berufen auf Grund der Kenntnis des deutschen Wesens, welche ihm seine Tätigkeit als Professor in Göttingen, Münster und Bonn während 13 Jahren (1921—34) eingetragen hat. Es ist also die Stimme eines wohlmeinenden Mannes, die wir vernehmen, nicht die irgendeines durchschnittlichen Nachsprechers abgegriffener Propagandaparolen oder, was in seinem Falle am wenigsten zu befürchten sein sollte, die Stimme schweizerischer Selbstgefälligkeit.

Von den Anfängen der *Hitler*herrschaft heißt es in der später unter dem Titel „Ein Wort an die Deutschen“ gedruckten Rede: „In Deutschland öffnete sich damals — nach einem Vorspiel in Italien — so etwas wie ein glitzernder, verlockender Abgrund, die vermeintlich fruchtbare Tiefe der faustischen Möglichkeit, durch Verleugnung des Geistes, durch entschlossenen Verzicht auf Vernunft und Gewissen alle inneren und äußeren Probleme der Nation auf einen Schlag zu lösen. Die Einladung ertönte: ‚Deutschland laß Dich fallen, Deutschland schlaf ein, Deutschland träume, Deutschland versuche es mit dem Schlafwandel und seiner Sicherheit.‘“ Diese Einladung sei befolgt, das „Sichfallenlassen in den Abgrund mit und gegen und ohne des Volkes Willen wurde Ereignis.“ Versailles und die Krisis waren damit überwunden, ja, „aber um den Preis, daß Deutschland zum Narrenhaus und zum Schrecken der ganzen Welt wurde.“ Bei ruhiger Überlegung wird man die unbestreitbare Wahrheit dieser Sätze gelten lassen müssen, trotz und gerade wegen der schneidenden Ironie in dem Bilde des durch die nazistische Parole „Deutschland erwache!“ in Schlafwandel versenkten Volkes. Aber dieser unangreifbaren Schilderung der jüngsten Vergangenheit folgen Ausführungen von recht befremdlicher Art über die nationale Einigung Deutschlands. Wir müssen sie im Ganzen anhören und auf uns wirken lassen, ehe sich eine urteilende Stellung zu ihnen nehmen läßt: „War nicht schon früher Ähnliches geschehen? Ich denke an die Mitte und die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Deutschland suchte seine Einheit. Wie wäre das kein notwendiges, kein berechtigtes Ziel gewesen? Aber der Weg dahin war mühsam und steil, wenn es der ordentliche, ehrliche und verheißungsvolle Weg sein sollte: der Weg des freien Bundes der freien Stämme der freien deutschen Menschen. Liberale, konservative und sozialistische Männer aller deutschen Länder wollten ihn gehen. Sie hatten zunächst nur geringe Erfolge aufzuweisen. Und dann tat sich schon damals der Abgrund auf: das neue deutsche Reich in Gestalt des nach innen herrschenden und nach außen drohenden Macht- und Militärstaates. Nicht ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘, sondern ‚Blut und Eisen‘ sollten es nun auf einmal schaffen. Warum war nur niemand zuvor auf diesen einfachen, direkten und allein möglichen Gedanken, auf diese Lösung des gor-

dischen Knotens gekommen? Und die Einladung erging, gebieterisch genug, auch damals: Laßt Euch fallen! Laßt nur fahren das Geschwätz von Gottesrecht und Menschenrecht und Volksfreiheit! Vorwärts an allem vorbei zu deutsch-nationaler Herrlichkeit! Und Faust begriff schon damals. Sie begriffen es mit der Zeit alle: die Preußen zuerst, dann auch die Katholiken, irgendwann einmal sogar die deutschen Sozialisten. Die heilige Ungeduld, sich nun eben so helfen und retten zu wollen, siegte schon damals. Deutschland stieg empor: nein, Deutschland ließ sich fallen. Es hatte nun seine Einheit, aber es hatte sie um den Preis, daß es nun das kaiserliche Deutschland wurde. Noch nicht das faschistische Deutschland, aber doch schon das Deutschland eines reichlich autoritären, eines reichlich aggressiven Nationalismus, aus dem dann zu seiner Zeit der deutsche Faschismus nur allzu leicht hervorgehen konnte. Ein Volk läßt sich fallen, wenn es durch Verleugnung des Geistes emporsteigen will. Und eben das ist es, was heute nicht wieder versucht werden sollte.“

Was sind die leitenden Gedanken dieses historischen Zerrbildes? Denn zu einem ebenso geistreichen wie falschen und übelwollenden Zerrbild deutschen Wesens ist dem Theologen *Barth* der Ausflug in das Gebiet der profanen Geschichte leider geraten. Sein Rückblick auf die Reichsgründungszeit unterscheidet zwei Wege: „einen ordentlichen und ehrlichen und verheißungsvollen — des freien Bundes der freien Stämme der freien deutschen Menschen.“ Der andere Weg führt in den „Abgrund des neuen deutschen Reiches“ in Gestalt des „nach innen herrschenden und nach außen drohenden Macht- und Militärstaates“; dieser Weg ist mit „Blut und Eisen“ beschritten worden. So „stieg Deutschland empor, nein, Deutschland ließ sich fallen“.

Erstaunlich, daß ein Mann, dem auf seinem Fachgebiet der Ruf großer Originalität mit Recht vorausgeht, nichts anderes vorzubringen weiß als die verbrauchten Schlagworte der deutschfeindlichen Propaganda der letzten Jahrzehnte. Worauf kommt es in den Auseinandersetzungen mit diesen Vorwürfen an, wenn sie nicht zu einem billigen und zwecklosen Wortgefecht — mit einem obendrein stummen Partner — werden sollen? Es kommt erstens darauf an, zu prüfen, ob das Urteil über ein geschichtliches Ereignis aus den Voraussetzungen seiner Zeit abgeleitet, oder aber aus einem gegenwartsbedingten Vorurteil gefällt wird. Im einen Fall haben wir es zu tun mit dem Bemühen um geschichtliches Verständnis und menschliche Gerechtigkeit, welches Anspruch auf Beachtung erheben kann. Im anderen Fall begegnet uns zeitgebundene Verständnislosigkeit, welche nach gut rationalistischer Weise der Aufklärungshistorie des frühen Liberalismus vergangene Zeiten richtet nach gegenwärtigen Wunschbildern. Es kommt zweitens darauf an, zu prüfen, ob die Geschichte seines eigenen Landes, der schweizerischen Eidgenossenschaft, frei ist von den Irrtümern und Mißgriffen, welche der schweizerische Theologe dem „in den Abgrund gestürzten“ Kaiserreich zum Vorwurf macht. Denn nur in diesem Falle würde seine Verurteilung des deutschen Weges aus dem Staatenbund zum Bundes-

staat beweiskräftig sein für die Gangbarkeit des besseren Weges, dann würde sein Urteil für uns glaubwürdig werden.

Zunächst: der Einigungsweg des „freien Bundes der freien Stämme der freien deutschen Menschen“ habe nur zu „geringen Erfolgen“ geführt, so sagt *Karl Barth*, bevor sich „schon damals der Abgrund auftat“. Die ausdrückliche Bezugnahme auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts stellt außer Zweifel, daß mit dem „ordentlichen, ehrlichen und verheißungsvollen Weg“ gemeint ist der von der Nationalversammlung in der Paulskirche im Jahre 1848 unternommene Versuch; auf der Grundlage liberaler und demokratischer Formen zur nationalstaatlichen Einigung zu gelangen. Dieser hoffnungsvolle Versuch, den nach *Barths* Meinung „ordentlichen“ und ehrlichen Weg“ zu betreten, war immerhin eine „Revolution“ im vollsten Sinne des Wortes. Und weil sie das war, so griff sie, wie jede echte Revolution, zum zweiten Weg, dem Weg von „Blut und Eisen“. So geschah es in den Berliner Märztagen, in den Straßenkämpfen von Dresden, so im Septemberaufstand in Frankfurt, in dem Einfall der aus der Schweiz kommenden Freischaren in das badische Oberland; so in den wochenlangen Verteidigungskämpfen des revolutionären Wien im Herbst 1848; so nicht zuletzt in dem drei Jahre währenden Unabhängigkeitskampf der Elberzogtümer gegen den aggressiven Nationalismus des dänischen Einheitsstaats. In diesen Aufständen und Kämpfen prallten aufeinander die gegensätzlichen Auffassungen von dem, was die Menschen jener Zeit unter „Gottesrecht und Menschenrecht und Völkerfreiheit“ verstanden; diese Gegensätze führten weit ab von jeder Aussicht auf Einverständnis und Einigkeit. Jedenfalls ist für unsere Überlegung ein Sachverhalt deutlich geworden: auch der erste, der „ordentliche Weg“ führte durch Zeughausstürme in Straßenkämpfe und offenes Gefecht; auch die ihn wählen wollten, konnten nicht auf die Aushilfe des zweiten Weges verzichten, ja, sie wollten gar nicht verzichten auf „Blut und Eisen“ und darauf, „den gordischen Knoten mit dem Schwert zu durchhauen“. Aber sie taten es ohne Erfolg, und darum scheint es ihnen verziehen werden zu können von den Fürsprechern jener abendländischen „Öffentlichkeit“, welche sich gern als Weltgewissen bezeichnen läßt. Und dieses Weltgewissens Urteilssprüche sind zuweilen nicht ohne weiteres verständlich. So stellt sich andererseits immer wieder die Rätselfrage, warum der Weg durch „Blut und Eisen“, den das Risorgimento zur nationalstaatlichen Einigung Italiens gleichzeitig mit Deutschland gegangen ist, jener Weg, der über die Kriege von 1848, 1859 und 1866 zur gewaltsamen Besetzung des päpstlichen Rom im September 1870 geführt hat, — warum dieser Weg, warum die Männer, die ihn ihrem Volke gewiesen haben, die *Mazzini*, *Garibaldi*, *Cavour*, warum sie jeder Zeit mildere Richter fanden, als der deutsche Weg?

Ferner: Wie stand es eigentlich um die Möglichkeit eines „freien Bundes der freien Stämme der freien deutschen Menschen“? Wo waren die „freien Stämme“? Es gab viele Fürstenstaaten von mächtigem, mittlerem und schwachem Wuchs, und keiner dieser Fürstenstaaten war der Staat eines „freien Stammes“. Die Bürger dieser vielen Staatsgebilde waren Unter-

tanen ihrer „angestammten Dynastien“; und um „freie deutsche Menschen“ zu werden, deswegen machten sie Revolution, ohne zu spaßen, und griffen zu dem verrufenen Auskunftsittel von „Blut und Eisen“. Und wie wäre der „freie Bund“ dieser vermeintlich freien Stämme und Menschen zu erreichen gewesen, wo doch der 1815 errichtete Deutsche Bund entstanden war unter der Gewährleistung, d. h. unter der Aufsicht der Großen Mächte? Von ihnen begannen die revolutionäre Republik Frankreich und das reaktionäre Zartum Rußland bereits im Sommer 1848 den Weg zueinander zu beschreiten beim ersten Anzeichen dafür, daß ein „freier Bund freier Stämme“ zwischen Rhein und Weichsel sich bilden könnte. Es dürfte deutlich geworden sein: Das Bild, welches *Karl Barth* von der Mitte des 19. Jahrhunderts vor Augen hatte, war nicht ein Bild der wirklichen deutschen Zustände, sondern ein Wunschbild, dessen Nachprüfung an den Tatsachen man versäumte, bevor es als Vorbild einer besseren Lösung gepriesen wurde.

Und wie steht es um den zweiten Weg, der in den Abgrund führte, auf dem nicht „Einigkeit und Recht und Freiheit“ sondern „Blut und Eisen“ den „nach innen herrschenden und nach außen drohenden Macht- und Militärstaat“ geschaffen haben? Es hat fast den Anschein, als ob dem allgemeinen Urteil des Auslandes, dem *Barth* hier Ausdruck gibt, die Anwendung von „Blut und Eisen“ im regelrechten Krieg organisierter Staatsgebilde verwerflicher scheint, als in der regellosen Form der Revolution, wie sonst würde die Verurteilung im ersten und das Übersehen im zweiten Falle sich miteinander vertragen?

Jedenfalls wird bei solchen Urteilen vergessen, daß es bei einem Zusammenprall lebendiger politischer Kräfte, wie er im Deutschen Krieg von 1866, um ein Beispiel herauszugreifen, stattfand, um geteilte Verantwortlichkeit sich handelt. Jedem der Gegner, nicht nur dem einen von ihnen, ist das angestrebte Ziel das Risiko des Waffenganges wert. Nicht *Bismarck* allein hat den Krieg als das letzte Mittel der preußischen Politik zur Reform der Bundesverfassung betrachtet, sondern die leitenden Männer in Wien und in den Residenzen der Mittelstaaten einschließlich der Abgeordneten ihrer Landtage waren zum Krieg bereit, um die Bundesreform unter preußischer Führung zu verhindern. Auch die Liberalen und die Demokraten der 60er Jahre haben in beiden Lagern den Krieg als legales, als zulässiges Mittel politischer Auseinandersetzungen betrachtet. Wenn der realistische Satz: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, das ist der Fehler von 1848/49 gewesen, sondern durch Blut und Eisen“, — wenn diese nüchterne Wirklichkeitserkenntnis ihrem Urheber *Bismarck* wie dem von ihm gegründeten Staat immer wieder als sittlicher Makel angerechnet wird, so ist es unverkennbar, daß in diesem Punkt das „Weltgewissen“ und seine Vertreter mit zweierlei Maß messen. Es drängt sich der Gedanke auf, daß das Urteil deshalb so scharf ausgefallen ist, weil der deutsche Staatsmann unverblümt als das Geheimnis der politischen Wirklichkeit aussprach, was der Fortschrittsglaube des bürgerlichen Jahrhunderts gern verschwieg, obwohl die

verrufene Maxime von allen Teilhabern der Großen Politik unbedenklich befolgt worden ist.

Welcher moderne Großstaat, welche der neuen Demokratien ist denn ohne den Einsatz von „Blut und Eisen“ auch in den inneren Kämpfen aufgebaut worden? Lassen wir die Erinnerung an die Puritanische Revolution des 17. Jahrhunderts, an *Cromwells* Diktatur ebenso beiseite wie die *Stuart*-kämpfe in Schottland im 18. Jahrhundert, aus denen allen das moderne Großbritannien entstand; auch mögen beiseite bleiben die stets wiederkehrenden Bürgerkriege der französischen Revolutionen von 1793/94 über 1830 bis 1848 und zur Commune von 1871 — man könnte uns entgegenhalten, daß sie dem Stil und den Auffassungen früherer Zeit entsprangen und entsprachen. Wie aber steht es um die eigentlichen Vorbilder demokratischer Staatsbildung des 19. Jahrhunderts, welche vor dieselbe Aufgabe wie der Deutsche Bund sich gestellt sahen: der Umwandlung eines Staatenbundes in einen Bundesstaat? Wie steht es um die Vereinigten Staaten von Amerika und um die Schweiz? Sie haben so wenig wie andere Völker den Einsatz von „Blut und Eisen“ vermeiden können im Ringen zwischen Föderalismus und Unitarismus. Die Vereinigten Staaten haben zur Umgestaltung ihres alten Staatenbundes in den heutigen Bundesstaat durch den harten und verlustreichen Sezessionskrieg von 1861—65 so viele Jahre gebraucht, wie der deutsche Krieg von 1866 Wochen gedauert hat. Und der Übergang der Schweizer vom föderalistisch-aristokratischen Bund zum demokratisch-unitarischen Bundesstaat hat sich ebenso wenig durch „Reden und Majoritätsbeschlüsse“ vollzogen. Die widerstrebenden binnenschweizerischen Kantone sind im Sonderbundskrieg von 1847 durch den Einsatz eines Bundesheeres dem Willen der Mehrheit unterworfen worden. Der glückliche Umstand, daß dieser Krieg nur fünfundzwanzig Tage gedauert und kaum Verluste an Menschenleben gebracht hat, ändert nichts an der unbestreitbaren Tatsache, daß auch auf eidgenössischem Boden die grundsätzliche Bereitschaft bestand, — und zwar ebenfalls in beiden Lagern, — den „Streit um Gottesrecht und Menschenrecht und Völkerfreiheit“ mit den Waffen auszufechten. Es dürfte nunmehr außer Zweifel stehen, daß kein neuzeitlicher Staat, nicht einmal das eidgenössische Gemeinwesen im 19. Jahrhundert, auf das Machtmittel von „Blut und Eisen“ verzichtet hat für seinen inneren Aufbau — weder tatsächlich noch grundsätzlich. Auch dieser Legende fehlt der tragfähige Boden.

Schließlich: den Schlußstrich seiner Deutung der *Bismarckschen* Epoche deutscher Geschichte zieht der Theologe *Barth* mit der Feststellung: „ein Volk läßt sich fallen, wenn es durch Verleugnung des Geistes emporsteigen will.“ Ein ebenso gewichtiges wie ein schwer zu deutendes Wort; was kann mit der „Verleugnung des Geistes“ gemeint sein? Welcher „Geist“ eigentlich soll hier verleugnet sein? Vielleicht der „Zeitgeist“ des liberalen 19. Jahrhunderts? Aber dieser Zeitgeist war allenthalben national, sogar nationalistisch und imperialistisch. Er war es in Italien, in Frankreich, in Großbritannien, als es nach 1875 von neuem die imperialistische Richtung aufnahm nach Ägypten und Südafrika. Er war es in Rußland, je mehr der

Panslawismus die regierenden Schichten in seinen Bann zog; er war es ebenso in der überalterten Donaumonarchie wie in den aufsteigenden Balkanstaaten. Das tadelnswerte Deutschland besaß von diesem „Geist der Zeit“ im Vergleich mit den anderen Nationen Europas eher zu wenig als zu viel. In diese Richtung kann der Vorwurf der „Verleugnung des Geistes“ also nicht zielen. In welche Richtung aber sonst? Es wäre abwegig und voreilig, Vermutungen äußern zu wollen, ohne an einen festen Anhaltspunkt anknüpfen zu können. Jedenfalls müßten, bevor ein so ernst gemeinter Vorwurf mit Anspruch auf Beachtung erhoben werden kann, einige Vorfragen geklärt werden: nicht nur die nach der Eindeutigkeit des von *Barth* gemeinten „Geistes“, sondern auch die andere Frage, ob ein Volk von 50 Millionen Menschen — dessen Lebensbedingungen von Grenzach bis Pölkallen und von Hadersleben bis Rosenheim größere Unterschiedlichkeit aufweisen, als sie zwischen Basel und Genf zu finden sind —; ob ein solches Volk als „Einheit“ an dem Sinne verstanden werden kann, daß man ihm eine einheitliche geistige Haltung zusprechen oder vorwerfen darf? Wer historisch, nicht dogmatisch denken gelernt hat, wird solche Urteile nicht so zuversichtlich von sich geben.

Doch ich halte hier an, da unsere Überlegung uns an den Punkt geführt hat, wo es deutlich geworden ist, daß die deutsche Reichsgründung von *Karl Barth* nicht aus den allgemeinen Anschauungen und Verfahrensarten damaliger Zeit beurteilt wird, sondern nach den Maßstäben eines in der gegenwärtigen Weltkrise entstandenen Wunschbildes. Aber muß denn noch darauf hingewiesen werden, daß dieser „nach außen drohende Macht- und Militärstaat“ durch 43 Jahre Frieden gehalten hat, während England, Frankreich und Rußland in Afrika wie in Asien ihre Herrschaft mit Waffengewalt erweiterten in mehrjährigen Kriegszügen — und daß der Krieg von 1914 in einer scheinbar aussichtslosen Lage begonnen wurde, um den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen am Leben zu halten? Und was seine „reichlich autoritäre Regierung“ anlangt, dürfte der Hinweis genügen, daß die stärkste Partei des letzten, 1912 gewählten Reichstages des Kaiserreiches, für welchen seit 1867 bzw. 1871 das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht galt, daß diese stärkste Partei die den bestehenden Staat verneinende und bekämpfende Sozialdemokratie gewesen ist, welche der autoritären Staatsführung ein sehr hemmendes Gegengewicht gehalten hat im Bunde mit den anderen demokratischen Parteien.

Es hat einigen Zeitaufwand gefordert, um die nicht wenigen Verzeichnungen der von *Karl Barth* mit knappen Strichen entworfenen Skizze einigermaßen richtigzustellen. Es ist geschehen, eben weil es sich um einen wohlmeinenden Mann von Weltgeltung handelt, der dem deutschen Volk zum Guten raten und ihm geistige Hilfe in seiner Not leisten will. Was den deutschen Betrachter dieses Bildes deutscher Geschichte bedrücken und kränken muß, das ist die Einsicht, wie befremdlich dogmatisch und unwirklich dieser Freund deutschen Wesens unsere Vergangenheit sieht, trotz der 14 Jahre, die er an deutschen Universitäten gelebt und gelehrt hat; daß er sie trotzdem durch die schweizerische Brille betrachtet. Diese

Feststellung muß leider auch die Bereitschaft mindern, manchen seiner beherzigenswerten Gedanken und Mahnungen Gehör zu leihen, wie sie es an sich verdienten. Ein so offenkundiges Mißverständnis der Geschichte legt die Vermutung nahe, daß auch das Urteil über die Gegenwart nicht unfehlbar sei. Darüber zu sprechen, liegt außerhalb meiner Zuständigkeit. Wie mag dann erst ein Bild deutscher Vergangenheit ausfallen, welches ohne solche Landes- und Lebenskenntnis und mit geringerer Wohlmeinendheit gezeichnet wird! Nun — wir kennen es aus der Propaganda nicht nur des letzten Krieges. So verfolgt zum Beispiel das schon erwähnte Buch von *Lindley Fraser* die Tendenz, zu beweisen, daß seit der Annahme des Versailler Diktates „die deutschen Behörden... die entschlossene Absicht hatten, auf alle Weise einen zweiten Weltkrieg vorzubereiten“ (p. 77). So entsteht eine neue Legende von der stillen Komplizität der Weimarer Republik und ihrer Regierungen mit dem Nationalsozialismus! — Um so mehr sollte die Überprüfung des *Barthschen* Bildes an einem noch sehr gemäßigten Beispiel vor Augen führen, vor welche Aufgaben unsere Wissenschaft sich heute wieder wie vor einem Menschenalter gestellt sieht, wenn sie zugleich der geschichtlichen Wahrheit wie der deutschen Lebensnot dienen soll und will. Es bedarf der Anspannung aller Kräfte von Verstand und Gemüt, um den Forderungen einer Aufgabe gerecht zu werden, wie sie noch keiner Generation von Forschern und Lehrern deutscher Geschichte gestellt worden ist.